



Innenausschuss

11. Sitzung (öffentlich)

5. April 2006

Düsseldorf - Haus des Landtags

9:05 Uhr bis 9:45 Uhr

Vorsitz: Winfried Schittges (CDU)

Protokollerstellung: Thilo Rörtgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2006 und Gesetz zur Änderung haushaltswirksamer Landesgesetze (Haushaltsstrukturgesetz 2006)

1

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 14/1000 und 14/1500 (Ergänzung der Landesregierung)

Vorlagen 14/261, 14/317, 14/318, 14/323

- Abschließende Beratung und Abstimmung zu Einzelplan 03

Der Ausschuss berät über die Änderungsanträge und stimmt darüber ab. Abstimmungsergebnisse siehe **Anlage** zum Protokoll.

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen sowie gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen stimmt der **Ausschuss** dem Einzelplan 03 in Verbindung mit der Ergänzungsvorlage unverändert zu.

2 Verschiedenes

6

Der Ausschuss nimmt eine Mitteilung des Vorsitzenden entgegen.

Aus der Diskussion

1 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2006 und Gesetz zur Änderung haushaltswirksamer Landesgesetze (Haushaltsstrukturgesetz 2006)**

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 14/1000 und 14/1500 (Ergänzung der Landesregierung)

Vorlagen 14/261, 14/317, 14/318, 14/323

- Abschließende Beratung und Abstimmung zu Einzelplan 03

Vorsitzender Winfried Schittges schlägt einen kurzen Bericht seitens der Landesregierung zur Ergänzungsvorlage sowie anschließend die Abstimmung über die Änderungsanträge vor. - Der **Ausschuss** ist damit einverstanden.

Über den von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vorgelegten Entschließungsantrag werde erst im Rahmen der dritten Beratung diskutiert.

MR'in Brohl-Sowa (IM) trägt vor:

Zur Ergänzungsvorlage: Wir haben einen unabweisbaren Mehrbedarf bei den DNA-Analysen beim Landeskriminalamt infolge geänderter gesetzlicher Vorschriften im Jahre 2005 - Änderung der Strafprozessordnung und der sogenannten Einwilligungslösung -. Das führte dazu, dass die Anzahl der DNA-Analysen sprunghaft bis zu 1.000 pro Monat angestiegen ist und wir einen erheblichen Bedarf in der Hauptgruppe 5 haben. Dieser ist mit 4 Millionen € veranschlagt und beruht auf den Berechnungen des Landeskriminalamtes.

Zur Deckung dieses Mehrbedarfs für das Landeskriminalamt haben wir bei den investiven Mitteln einen Betrag von 4 Millionen € abgesetzt. Das tangiert das Projekt „Voice over IP“. Ursprünglich war vorgesehen, das gesamte Projekt für alle Liegenschaften jetzt anzugehen. Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen der Zentralen Polizeitechnischen Dienste haben gezeigt, dass zum gegenwärtigen Zeitpunkt bis auf neue Liegenschaften eine komplette Einführung von „Voice over IP“ nicht wirtschaftlich ist. Das kann sich in den nächsten Jahren ändern, weil erfahrungsgemäß die Technik preiswerter wird.

Bei den drei gemeinsamen Gebietsrechenzentren, Köln, Hagen und Münster, wollen wir Gewinne abschöpfen, und zwar nicht wie bisher in Höhe von 50 %, sondern in Höhe von 80 %, um eine Deckung für den Sporthaushalt und den Landeshaushalt insgesamt zu erbringen.

Im Bereich des Feuerschutzes haben wir eine Unstimmigkeit zwischen dem Einzelplan 20 und dem Einzelplan 03 bereinigt. Das Aufkommen der Feuerschutzsteuer ist mit 85 Millionen € zu veranschlagen. Auch in den nächsten Jahren ist mit diesem Aufkommen zu rechnen, unter gleichzeitiger Erhöhung des Ansatzes

für den Erwerb von Fahrzeugen von 16,5 Millionen € auf 21,5 Millionen € zur Optimierung der Großschadensabwehr.

Das sind die Punkte der Ergänzungsvorlage.

Dr. Karsten Rudolph (SPD) legt dar, er nehme erfreut zur Kenntnis, dass es noch Landesbetriebe gebe, wo die Gewinnabschöpfungen erhöht werden könnten, und diese nicht privatisiert seien.

Der Abgeordnete möchte wissen, an welche externen Stellen die Durchführung von DNA-Analysen vergeben würden. Darüber hinaus ist er interessiert zu erfahren, ob die Möglichkeit bestehe, dass andere Bundesländer für Nordrhein-Westfalen DNA-Analysen durchführten.

Abschließend fragt der Abgeordnete, aus welchem Jahr die Wirtschaftlichkeitsuntersuchung bezüglich des Projektes „Voice over IP“ stamme.

KD Winkelmann (IM) antwortet, es sei beabsichtigt, die DNA-Analysen, die aufgrund der gesetzlichen Änderungen als Überhang aufgelaufen seien, extern zu vergeben. Im Wesentlichen betreffe dies Institute für Rechtsmedizin. Eine Beteiligung anderer Bundesländer gestalte sich etwas schwierig, weil durch die Änderung des Bundesrechts die anderen Bundesländer vor ähnlichen Problemen stünden wie Nordrhein-Westfalen, so dass es auch dort Überhänge gebe. Von daher könne nicht damit gerechnet werden, dass andere Bundesländer freie Kapazitäten hätten, um die Überhänge Nordrhein-Westfalens abzuarbeiten.

MR'in Brohl-Sowa (IM) lässt wissen, die Wirtschaftlichkeitsuntersuchung der Zentralen Polizeitechnischen Dienste sei entweder von Ende 2005 oder von Anfang 2006.

Vorsitzender Winfried Schittges verweist auf die Änderungsanträge, die in der Tischvorlage (**Anlage**) enthalten seien, und regt an, über diese nun abzustimmen.

Änderungsantrag Nr. 1

Dr. Karsten Rudolph (SPD) bringt seine Enttäuschung zum Ausdruck, dass es nicht gelungen sei, Mittel für den Landespräventionsrat zu veranschlagen, obwohl dies vonseiten des Staatssekretärs Brendel in eine der letzten Sitzungen angekündigt worden sei. Insofern schlage nun seine Fraktion eine Erhöhung des entsprechenden Ansatzes vor.

Monika Düker (GRÜNE) bedauert es, dass die Koalitionsfraktionen keine Änderungsanträge eingebracht hätten.

Bezüglich des Landespräventionsrates verweise sie auf den gleich lautenden Änderungsantrag ihrer Fraktion. Staatssekretär Brendel habe in einer der letzten Sitzungen im Innenausschuss dargestellt, dass für den Landespräventionsrat 160.000 € veran-

schlägt würden. Die Abgeordnete bittet um eine Erklärung, warum dies nicht geschehen sei.

PStS Palmen (IM) lässt verlauten, das Kabinett habe beschlossen, die Steuerschätzung abzuwarten und anschließend eine Entscheidung darüber zu treffen, ob in der Ergänzungsvorlage Mittel für den Landespräventionsrat sowie seine Geschäftsstelle veranschlagt würden. Die Steuerschätzung werde etwa Mitte Mai vorliegen, sodass im Anschluss daran entschieden werde, ob entsprechende Mittel bereitgestellt würden.

Monika Düker (GRÜNE) möchte wissen, wie bis dahin mit den dortigen Mitarbeitern verfahren werde.

PStS Palmen (IM) lässt wissen, die Aufgaben würden so lange weitergeführt, bis der Landtag auf Vorschlag der Landesregierung eine Entscheidung getroffen habe.

(Abstimmungsergebnis siehe **Anlage**.)

Änderungsanträge Nr. 2 bis 4

Keine Wortmeldungen.

(Abstimmungsergebnisse siehe **Anlage**.)

Änderungsantrag Nr. 5

Dr. Karsten Rudolph (SPD) bedauert, dass ein FDP-geführtes Innenministerium in dem in Rede stehenden Bereich zu einem absoluten Kahlschlag und einer Racheaktion aushole und die Mittel für den Flüchtlingsrat auf Null setze.

Monika Düker (GRÜNE) weist darauf hin, dass ihre Fraktion einen gleich lautenden Antrag gestellt habe mit dem Unterschied, dass es ihrer Fraktion egal sei, wo die Mittel für das Diakonische Werk der Evangelischen Kirche etatisiert seien. Von daher werde ihre Fraktion dem Änderungsantrag der SPD-Fraktion zustimmen.

Es gehe im Wesentlichen um die Fortsetzung der Arbeit des Flüchtlingsrats, eine Dachorganisation, die mit ganz wenigen Mitteln wertvolle Arbeit leiste. Die Mittel seien derart gering, dass diese nicht mit dem Argument der Haushaltskonsolidierung gestrichen werden könnten. Deckungsfähigkeit bestehe mit dem Titel für Rückführungen. Diese Organisation leiste Arbeit für Menschen, die über sehr wenig Lobby verfügten. Insofern wäre das Geld gut angelegt. Sie weise darauf hin, dass in den vergangenen Jahren die damaligen Oppositionsfraktionen von CDU und FDP stets die Änderungsanträge der damaligen Koalitionsfraktionen unterstützt hätten, die Mittel in diesem Bereich, die auch

die SPD-Minister versucht hätten, zu kürzen, wieder anzuheben. Sie würde es begrüßen, wenn dies auch in diesem Jahr gelänge.

Holger Ellerbrock (FDP) führt aus, die Landesregierung und die sie tragenden Koalitionsfraktionen stünden vor einem noch nie dagewesenen Sparzwang. Seine Fraktion werde stets an der Seite derjenigen stehen, die bürgerschaftliches Engagement stützten. Der Anspruchshaltung, dass bürgerschaftliches Engagement automatisch mit staatlicher Alimentation gleichzusetzen sei, könne man jedoch nicht folgen.

Theo Kruse (CDU) hält das Anliegen der Abgeordneten Monika Düker (GRÜNE) für berechtigt, bittet aber einzusehen, dass die CDU-Fraktion in den vergangenen zehn Jahren vom Grundsatz her eine andere Ausrichtung der Flüchtlings- und Asylpolitik im Land Nordrhein-Westfalen gewollt habe. Zur Asyl- und Flüchtlingsarbeit gehöre eine Gesamtschau der Dinge. Seine Fraktion wolle gemeinsam mit der Landesregierung in diesem Bereich vieles neu ordnen, unter anderem die Verkürzung der Asylverfahren, die aus Sicht seiner Fraktion nach wie vor zu lange dauerten. Darüber hinaus stelle jede noch so kleine Kürzung einen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung dar. Hierbei mache auch dieser Betrag keine Ausnahme.

Monika Düker (GRÜNE) lässt verlauten, neben dieser Haushaltsstelle für ehrenamtliche Arbeit gebe es noch eine Haushaltsstelle für die Beratungsstellen und Psychosozialen Zentren. Diese beiden Stellen könnten nicht voneinander getrennt werden, da sich im Anschluss an die professionelle Arbeit oftmals die ehrenamtliche Arbeit anschließe. Sie halte es nicht für gerechtfertigt, die relativ geringen Mittel für die ehrenamtliche Arbeit zu streichen. Dies wäre gut investiertes Geld, da man es in der Flüchtlingsarbeit mit einer hochkomplexen rechtlichen Materie zu tun habe. In diesem Bereich könne mit sehr wenig Geld ein hoher gesellschaftlicher Nutzen erzielt werden.

Dr. Karsten Rudolph (SPD) legt dar, seine Frage an Theo Kruse (CDU) im Plenum, ob die Koalition hinter der Bleiberechtsinitiative des Innenministers stehe, habe er bejaht. Insofern sei der Hinweis der Abgeordneten Düker nicht ganz falsch gewesen, dass man den in Rede stehenden Haushaltstitel nicht nur unter dem Aspekt der Verkürzung von Asylverfahren betrachten dürfe, sondern man müsse in einer Gesamtschau mitberücksichtigen, dass alle Fraktionen den Innenminister in der Innenministerkonferenz bei einem Einstieg in eine Bleiberechtsinitiative unterstützten.

Als Grund für die Streichung der Mittel für den Flüchtlingsrat die allgemeine Haushaltslage anzugeben, sei für ihn nicht plausibel. Zur Haushaltskonsolidierung könnten ganz andere Titel beitragen, zum Beispiel Reiterstaffel. Insofern lasse er dieses Argument nicht gelten.

(Abstimmungsergebnis siehe **Anlage**.)

Änderungsantrag Nr. 6

Monika Düker (GRÜNE) teilt mit, dass sie den Änderungsantrag zurückziehe.

Änderungsanträge Nr. 7 und 8

Keine Wortmeldungen.

(Abstimmungsergebnisse siehe **Anlage**.)

Änderungsanträge Nr. 9 und 10

Monika Düker (GRÜNE) legt dar, die Wiedereinführung der Reiterstaffel führe zu Einsparungen an anderen Stellen im Polizeibereich, was ihre Fraktion nicht für verhältnismäßig halte. In der vergangenen Legislaturperiode habe die damalige Landesregierung sehr deutlich gesagt, dass zur Verbesserung der Sicherheit die Reiterstaffeln nicht notwendig seien und bestimmte Lagen sehr gut auch ohne Reiterstaffeln gemeistert werden könnten. In den Änderungsanträgen 9 und 10 seien lediglich die Sachkosten aufgeführt. Hinzu kämen ja noch die Personalkosten, also die Reiterinnen und Reiter, die im anderen operativen Dienst nicht zur Verfügung stünden, sodass es insgesamt um eine Summe von jährlich rund 2 Millionen € gehe, die sich das Land die Reiterstaffel kosten lasse. Diesen populistischen Akt halte ihre Fraktion für nicht zielführend und nicht notwendig. Vor diesem Hintergrund stelle ihre Fraktion im Entschließungsantrag fest, dass die Wiedereinführung der Reiterstaffeln eine Fehlentscheidung der Landesregierung sei, die keinen Zugewinn an innerer Sicherheit darstelle und unter haushaltspolitischen Gesichtspunkten nicht zu rechtfertigen sei.

Holger Ellerbrock (FDP) stellt fest, dass bezüglich der Einsatzleistung der Polizeireiterstaffel die Koalitionsfraktionen eine andere Meinung vertreten als die Grünen-Fraktion. Er als umweltpolitischer Sprecher seiner Fraktion halte es zum Zwecke der Umweltbildung für vernünftig, Reiterstaffeln gerade in Agglomerationsgebieten der Bevölkerung näher zu bringen.

(Abstimmungsergebnisse siehe **Anlage**.)

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen sowie gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen stimmt der **Ausschuss** dem Einzelplan 03 in Verbindung mit der Ergänzungsvorlage unverändert zu.

2 Verschiedenes

Vorsitzender Winfried Schittges teilt mit, es liege ein Schreiben des Vorsitzenden des Rechtsausschusses vom 21. März 2006 vor, in dem es um die Beratung zweier Anträge - 14/469 und 14/1117 - gehe, die sich im Wesentlichen mit der Behandlung und den Resozialisierungsmöglichkeiten delinquenten Jugendlicher beschäftigten. Beide Anträge seien nicht an den Innenausschuss zur Mitberatung überwiesen worden. Der Vorsitzende des Rechtsausschusses frage die Bereitschaft des Innenausschusses zu einer gemeinsamen Sitzung als Pflichtsitzung ab. Weiteres werde er mit den Obleuten besprechen.

Außerdem habe er, Vorsitzender Schittges, ein Schreiben von Herrn Dr. Rudolph (SPD) und Frau Düker (Grüne) vom 27. März 2006 bezüglich einer Sondersitzung des Innenausschusses zum Thema „Stand der Binnenorganisation im Bereich der Kreispolizeibehörden“ erhalten. Die Landesregierung habe angeregt, zu der Beratung über dieses Thema auch den Urheber des Evaluationsgutachtens zum Modellversuch „Andere Führungsstrukturen“ bei den Polizeipräsidien Aachen und Köln, Universitätsprofessor Dr. Jürgen Weibler, in den Ausschuss einzuladen. Er schlage vor, zunächst einen Termin mit Herrn Dr. Weibler abzustimmen und dann einen entsprechenden Terminvorschlag zu machen. - Der **Ausschuss** ist damit einverstanden.

gez. Winfried Schittges

Vorsitzender

Anlage

beh/20.04.2006/25.04.2006

192

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (eventuell Begründung)	Abstimmungsergebnis																
3	GRÜNE	<p>Kapitel 03 030 Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge Titel 536 00 Rückführung</p> <p>Reduzierung des Ansatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="text-align: center; width: 50%;">2006</td> <td style="text-align: center; width: 50%;">Ansatz lt. HH 2005</td> </tr> <tr> <td style="text-align: center;">von 9.500.000 Euro</td> <td style="text-align: center;">9.040.800 Euro</td> </tr> <tr> <td style="text-align: center;">um 1.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td style="text-align: center;">auf 8.500.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: 1. Die Reduzierung des Ansatzes rechtfertigt sich durch das Rechnungsergebnis 2004. 2. Außerdem erniedrigt sich die Anzahl der Rückführungen über die noch in diesem Jahr zu erwartende Bleiberechtsregelung. 3. Die Reduzierung dient zur Deckung der Anträge zu Titel 684 10 und 684 20.</p>	2006	Ansatz lt. HH 2005	von 9.500.000 Euro	9.040.800 Euro	um 1.000.000 Euro		auf 8.500.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%;">Nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>Grüne</td> <td>Ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>Nein</td> </tr> </table>	CDU	Nein	SPD	Enth.	Grüne	Ja	FDP	Nein
2006	Ansatz lt. HH 2005																		
von 9.500.000 Euro	9.040.800 Euro																		
um 1.000.000 Euro																			
auf 8.500.000 Euro																			
CDU	Nein																		
SPD	Enth.																		
Grüne	Ja																		
FDP	Nein																		

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (eventuell Begründung)	Abstimmungsergebnis																				
4	SPD	<p>Kapitel 03 030 Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge Titel 536 00 Rückführung</p> <p>Reduzierung des Ansatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="text-align: center;">2006</td> <td style="text-align: right;">Ansatz lt. HH 2005</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">9.500.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">9.040.800 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">798.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">8.702.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><u>Begründung:</u> Deckung der Anträge zu Kapitel 03 010, Titel 547 40 sowie Kapitel 03 030, Titel 684 10 und 684 20.</p>		2006	Ansatz lt. HH 2005	von	9.500.000 Euro	9.040.800 Euro	um	798.000 Euro		auf	8.702.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%;">Nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td>Ja</td> </tr> <tr> <td>Grüne</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>Nein</td> </tr> </table>	CDU	Nein	SPD	Ja	Grüne	Enth.	FDP	Nein
	2006	Ansatz lt. HH 2005																					
von	9.500.000 Euro	9.040.800 Euro																					
um	798.000 Euro																						
auf	8.702.000 Euro																						
CDU	Nein																						
SPD	Ja																						
Grüne	Enth.																						
FDP	Nein																						

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (eventuell Begründung)	Abstimmungsergebnis														
5	SPD	<p>Kapitel 03 030 Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge Titel 684 10 Förderung der Flüchtlingsarbeit</p> <p>Erhöhung des Ansatzes</p> <table data-bbox="672 574 1702 638"> <tr> <td style="text-align: center;">2006</td> <td style="text-align: center;">Ansatz lt. HH 2005</td> </tr> </table> <p>von 0 Euro 180.000 Euro um 180.000 Euro auf 180.000 Euro</p> <p>Neuer Haushaltsvermerk: "Die Erläuterungen sind verbindlich".</p> <p>Erläuterungen: Die Mittel für die Förderung der Flüchtlingsarbeit werden wie folgt aufgeteilt:</p> <table data-bbox="448 941 1590 1085"> <tr> <td>Flüchtlingsrat NRW e.V.</td> <td style="text-align: right;">150.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>Diakonisches Werk der evangelischen Kirche im Rheinland - Abschiebebeobachtung -</td> <td style="text-align: right;">30.000 Euro</td> </tr> </table> <p><u>Begründung:</u> Die Arbeit des Dachverbandes der Flüchtlingsinitiativen sowie die Beobachtung von Abschiebungen am Flughafen Düsseldorf sollen in angemessenem Umfang weitergeführt werden.</p>	2006	Ansatz lt. HH 2005	Flüchtlingsrat NRW e.V.	150.000 Euro	Diakonisches Werk der evangelischen Kirche im Rheinland - Abschiebebeobachtung -	30.000 Euro	<p>abgelehnt</p> <table data-bbox="1724 478 1971 622"> <tr> <td>CDU</td> <td>Nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td>Ja</td> </tr> <tr> <td>Grüne</td> <td>Ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>Nein</td> </tr> </table>	CDU	Nein	SPD	Ja	Grüne	Ja	FDP	Nein
2006	Ansatz lt. HH 2005																
Flüchtlingsrat NRW e.V.	150.000 Euro																
Diakonisches Werk der evangelischen Kirche im Rheinland - Abschiebebeobachtung -	30.000 Euro																
CDU	Nein																
SPD	Ja																
Grüne	Ja																
FDP	Nein																

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (eventuell Begründung)	Abstimmungsergebnis
6	Grüne	<p>Kapitel 03 030 Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge Titel 684 10 Förderung der Flüchtlingsarbeit</p> <p>Erhöhung des Ansatzes</p> <p style="text-align: center;">2006</p> <p>von 0 Euro um 150.000 Euro auf 150.000 Euro</p> <p style="text-align: right;">Ansatz lt. HH 2005 180.000 Euro</p> <p><u>Begründung:</u> Der Flüchtlingsrat NRW e.V. hat eine wichtige Zentralstellenfunktion für die Unterstützung der ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer in der Flüchtlingsarbeit.</p>	<p><i>Zurückgezogen durch Antragstellende Fraktion</i></p>

Anlage zu Vorlage 14/407

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (eventuell Begründung)	Abstimmungsergebnis
7	SPD	<p>Kapitel 03 030 Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge Titel 684 20 Soziale Beratung von Flüchtlingen</p> <p>Erhöhung des Ansatzes</p> <p style="text-align: center;">2006 Ansatz lt. HH 2005</p> <p>von 1.800.000 Euro 2.218.000 Euro um 418.000 Euro auf 2.218.000 Euro</p> <p><u>Begründung:</u> Die Erhöhung ist notwendig, um die wichtige Arbeit der Beratungsstellen und Psychosozialen Zentren nicht zu gefährden.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>CDU Nein SPD Ja Grüne Ja FDP Nein</p>

